

HANNOVERSCHE ERKLÄRUNG VOM 7.9.2012

» GERECHT.GLAUBWÜRDIG.GRÜN.



Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen, darüber können auch die bisher gute Entwicklung am Arbeitsmarkt und die aktuell vorhandene wirtschaftliche Stärke, bei jedoch bereits rückläufigen Aufträgen, nicht hinwegtäuschen. Die seit mittlerweile fünf Jahren andauernde Finanz- und Eurokrise, die Klimakrise, die soziale Spaltung unserer Gesellschaft und die zahlreichen Blockaden, die vielen Menschen eine faire Teilhabe an unserer Gesellschaft verwehren – sie alle erfordern dringendes Handeln. Viele Menschen spüren das – und wollen unterschiedene Schritte sehen.

Doch Schwarz-Gelb ist dazu nicht in der Lage: Statt entschlossen die Euro-Krise zu bewältigen, werden abwechselnd die Griechen oder die EZB beschimpft. Die Energiewende wird hintertrieben. In gesellschaftlichen Fragen regiert Schwarz-Gelb an der Lebensrealität vorbei – siehe Betreuungsgeld, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Frauenquote. Und auf die sozialen Probleme – sei es die Spaltung des Arbeitsmarktes, sei es die drohende Altersarmut – reagiert Schwarz-Gelb konzeptlos und ignoriert die wahren Probleme. Wenn Schwarz-Gelb überhaupt einmal handelt, dann um ihre Klientel zu bedienen – für die Industrie gibt es Entlastungen bei den Strompreisen, für die CSU-Basis das Betreuungsgeld, für die FDP Steuergeschenke.

Zum Glück sind die Tage dieser Regierung gezählt. Deutschland hat eine Regierung verdient, die auf der Höhe der Zeit handelt. Bündnis 90/Die Grünen kämpfen deshalb bei der Bundestagswahl für einen Politikwechsel – gerecht.glaubwürdig.grün.

ABBAU DER VERSCHULDUNG STATT SCHULDENUNION DURCH DIE HINTERTÜR

Nach zwei Jahren Merkelschen Krisenmanagements, nach zwei Jahren des „too little, too late“ ist die Lage der Euro-Zone instabiler denn je.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird dabei immer mehr zum notorischen Unruhestifter Europas: Zwei der drei Regierungsparteien lassen offen antieuropäische Ressentiments zu und tragen ihren politischen Überlebenskampf auf dem Rücken unserer europäischen Partner aus. Die Bundeskanzlerin lässt sie gewähren.

Merkel ist es nur Recht, wenn diese populistische Debatte davon ablenkt, dass sie keine Lösung für das aktuelle Problem der Euro-Krise anbieten will: die massiven Zinsaufschläge der Finanzmärkte gegenüber den Krisenstaaten. Die Bundesregierung blockiert alle sinnvollen Instrumente für den Abbau der Schulden und die Reduktion des Zinsdrucks, wie einen europäischen Schuldentilgungsfonds. Anstatt eine demokratisch legitimierte Entscheidung etwa über den Schuldentilgungsfonds zu treffen, zwingt sie die EZB zur Vergemeinschaftung der Schulden durch die Hintertür. So werden auch die Parlamente entmachtet. Gleichzeitig erzählt die Bundesregierung das Märchen, es gebe eine solche Vergemeinschaftung mit ihr nicht. Dauerhafte Stabilität wird dieser Weg nicht bringen.

Wir Grüne wollen einen anderen Weg gehen – einen Weg, der ehrlich ist. Wir setzen uns für einen europäischen Schuldentilgungspakt ein, bei dem die Hilfe zur Linderung des Zinsdrucks verbunden ist mit einer strikten Vorgabe zum Abbau der Verschuldung. Stabilität und Solidarität werden so beim Schuldentilgungspakt miteinander verbunden. Schuldenabbau gibt den Ländern Luft dafür, ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen. Finanziert werden soll die Schuldentilgung der einzelnen Staaten aus europaweiten Vermögensabgaben.

Unser Europa ist immer ein soziales Europa. Deshalb kritisieren wir die einseitige Sparpolitik der Bundesregierung, die die Krisenländer in eine folgenschwere Rezession treibt und zu Arbeitslosigkeit und Armut führt. Konsolidieren muss neben einem sozial verträglichen Sparen auch immer die Einnahmeseite in den Blick nehmen – hier und in den Krisenländern. Daneben sind gezielt Maßnahmen zur Eindämmung der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit in Europa nötig. Denn mit einer in die Perspektivlosigkeit stürzenden europäischen Jugend wird es keine Zukunft in einem gemeinsamen Europa geben können.

Griechenland hat es verdient, dass die enormen Reformanstrengungen und die Opfer vieler Bürgerinnen und Bürger gewürdigt werden. Die griechische Regierung muss aber ihre Reformzusagen einhalten, nur so ist eine Basis für die Fortsetzung der europäischen Hilfen gegeben. Wir haben von Anfang an auf die soziale Schieflage der Reformen in Griechenland hingewiesen. Vor diesem Hintergrund kann eine zeitliche Streckung der griechischen Sparziele richtig sein. Eine zeitliche Streckung ist zudem allemal besser und günstiger als ein Austritt Griechenlands aus dem Euro. Denn ein Austritt Griechenlands aus dem Euro hätte dramatische Folgen – für die Griechen, für die anderen europäischen Krisenstaaten und auch für Deutschland.

Die Bundesregierung scheitert daran, die Konsequenzen aus der Banken- und Finanzkrise zu ziehen. Genauso, wie wir ein Bail-Out-Verbot zwischen Staaten haben, brauchen wir ein Bail-Out-Verbot für Bankschulden. Wir brauchen strenge Eigenkapitalregeln, eine europäische Bankenaufsicht und einen Bankenrettungsfonds, der von den Banken selber finanziert wird. Nötig ist auch ein europäischer Steuerpakt, der das Unwesen der Steueroasen und die Gewinnverlagerungsmöglichkeiten großer Unternehmen in Europa unterbindet.

ENERGIEWENDE – GRÜN TREIBT AN

Das Gelingen der Energiewende entscheidet über die Zukunft des Industriestandorts Deutschland in Zeiten knapper Ressourcen und beschleunigten Klimawandels. Doch Schwarz-Gelb versagt. Erst hat die Bundesregierung mehr Energieeffizienz blockiert und den Netzausbau verschleppt. Jetzt macht sie sich daran, auch die erneuerbaren Energien auszubremsen.

Der Umweltminister will den Ausbau der erneuerbaren Energien einschränken statt ihn voranzutreiben. Und der Wirtschaftsminister will das EEG, dem fast 400.000 Menschen ihre Arbeitsplätze verdanken, abschaffen. Sein Vorschlag: ein ineffektives und planwirtschaftliches Quotenmodell, das in anderen Ländern bereits gescheitert ist. Die desinteressierte Forschungsministerin gibt mit ihrer Politik der Energieforschung keine solide Basis. So gefährdet der Umweltminister das Klima, der Wirtschaftsminister unseren Wohlstand, die Forschungsministerin Innovationen und alle zusammen die Energiewende.

Deutlich wird die zwiespältige Haltung der Bundesregierung zur Energiewende bei der aktuellen Debatte über steigende Strompreise. Lautstark werden von der schwarz-gelben Bundesregierung und von den altbekannten Interessensverbänden die erneuerbaren Energien verantwortlich gemacht – dabei sitzen die wahren Preistreiber in der Bundesregierung. Während die Industrie im laufenden Jahr rund drei Prozent weniger für ihren Strom bezahlen muss als 2008, sind die Preise für Verbraucher um 20 Prozent angestiegen. Daran trägt die Bundesregierung eine erhebliche Mitschuld. Die Begünstigung von immer mehr Großunternehmen treibt die Energiekosten für Privathaushalte und Mittelstand inzwischen um rund 5 Milliarden Euro jährlich in die Höhe.

Das ist nicht gerecht. Wir Grüne wollen für faire Preise sorgen, indem die ausufernde Befreiung der Industrie von den Netznutzungsgebühren, der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Ökosteuer eingeschränkt wird. Wir setzen stattdessen auf eine Markttransparenzstelle, die diesen Namen verdient und das Gebaren der Energieversorger für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar überprüft.

AUFBRUCH FÜR EINE GESELLSCHAFTLICHE MODERNISIERUNG

Schwarz-Gelb regiert an der gesellschaftlichen Realität vorbei und frönt weiter ihrem Gesellschafts- und Familienbild aus den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Beispiel Kinderbetreuung: Viele Frauen und zunehmend Männer fragen sich, wie sie Kind und Job unter einen Hut bekommen sollen. Ab August 2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita-platz. Es ist absehbar, dass das nicht eingehalten wird. Denn statt sich um mehr und bessere Kinderbetreuung zu kümmern, treibt die Bundesregierung das Betreuungsgeld im Galopp durch den Bundestag. Wir Grüne fordern

den Verzicht auf diese Milliardenverschwendung und fordern stattdessen ein Sofortprogramm für einen schnellen Kitausbau und ein Recht auf Ganztagsplätze. Weil Eltern das Recht auf echte Wahlfreiheit haben.

Beispiel Quote: 2013 ist eine große Aufsichtsrats-Wahlsaison in Deutschland – die Chance zur Veränderung. Aber Schwarz-Gelb hat nach dem Schaukampf um die Quote zwischen aktueller und ehemaliger Familienministerin selbst bei der minimalen Flexiquote die Segel gestrichen. Wir finden uns damit nicht ab – und starten den nächsten Anlauf für eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte. Weil Frauen das Recht auf Gleichbehandlung und einen Anspruch auf Gleichstellung haben.

Beispiel Lesben und Schwule: Während Hollande, Cameron und Obama die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben vorantreiben, können sich Merkel und Rösler noch nicht einmal auf das Ende der steuerrechtlichen Diskriminierung der Eingetragenen Partnerschaften einigen. Schwarz-Gelb verweigert sich gesellschaftlichen Realitäten. Selbst die deutliche Mehrheit der Unionsanhänger ist für die steuerliche Gleichbehandlung. Wir Grünen wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und die vollständige Gleichstellung einschließlich des gemeinschaftlichen Adoptionsrecht für schwule und lesbische Partnerschaften durchsetzen. Weil es gut ist, wenn Menschen Verantwortung füreinander und für Kinder übernehmen.

Beispiel Innenpolitik: 20 Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen gängelt die Bundesregierung zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus mit einer „Extremismusklausel“. Dabei haben diese große Verdienste für unsere Demokratie. Wir wollen solch diskriminierende und bürokratische Hemmnisse für zivilgesellschaftliches Engagement beseitigen. Demokratieförderung muss uns auch etwas wert sein. Wir wollen ein wirksames Programm gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Wir stehen für eine einladende Politik der Vielfalt und Inklusion.

AUFBRUCH FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird und alle Menschen ein Recht auf selbstbestimmte Teilhabe haben. Von diesem Anspruch ist unsere Gesellschaft weit entfernt.

Wir Grüne wollen einen Aufbruch für mehr Gerechtigkeit organisieren. Weniger Armut, eine gerechte Verteilung und mehr Chancengleichheit sind unsere zentralen Ziele. Dafür brauchen wir umfassende strukturelle Veränderungen – gerade in den Bereichen der Bildung, der Gesundheit, der sozialen Sicherheit und der Steuerpolitik.

Im Bericht der Projektgruppe Prioritäten haben wir aufgezeigt, wo wir zuerst ansetzen wollen.

- Für mehr Gerechtigkeit und bessere Teilhabechancen sind bessere *öffentliche Institutionen* und ein Aufbruch in die grüne Bildungsrepublik notwendig. Grüne Politik setzt auf gute Bildung für jedes Kind. Wir stärken deshalb Länder und Kommunen und investieren in Bildung – von der Kita bis zum Erwachsenen-BAföG.
- Wir kämpfen gegen die Spaltung der Gesellschaft. Erste Maßnahmen dafür sind die Einführung eines flächendeckenden *Mindestlohns*, die Anhebung der *ALG-II-Regelsätze* und die Einführung der *Bürgerversicherung* in Gesundheit und Pflege. Wir suchen nach Wegen, wie wir mittelfristig einen Einstieg in eine Kindergrundsicherung und die Garantierente schaffen, um die finanzielle Absicherung gegen Kinder- und Altersarmut zu verbessern.
- Und wir wollen mehr *globale Gerechtigkeit*. Zentral dafür sind die Bekämpfung des Klimawandels, die Herstellung von Klimagerechtigkeit, einen Plan zur Einhaltung der 0,7-Prozent-Zusage bei der Entwicklungsfinanzierung, sowie der Einsatz für gerechte Strukturen im Welthandel. Mit unserer Forderung nach einem Rüstungsexportgesetz sind wir die Alternative zu einer Politik, die Rüstungsexporte zunehmend zu einem Instrument der Außenpolitik macht und in den Irrtum zurückfällt, es gebe Stabilität ohne Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte.

Mehr Gerechtigkeit, gute Kitas und Ganztagschulen, eine existenzsichernde verfassungskonforme Grundsicherung, das alles kostet Geld. Nur eine handlungsfähige öffentliche Hand kann eine umfassende Teilhabe aller er-

möglichen. Deshalb nehmen wir Grüne die strukturelle Unterfinanzierung von Bund, Ländern und Gemeinden nicht länger hin. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 49% erhöhen, die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer verdoppeln und die Ungleichbehandlung bei der Besteuerung von Arbeit und Kapital abschaffen. Wir Grüne wollen eine einmalige befristete Vermögensabgabe für Millionäre einführen, um die Schulden aus der Krise abzubauen. So entstehen Spielräume für Investitionen in gesellschaftliche Teilhabe.

EINE ANDERE POLITIK IST MÖGLICH

Deutschland wird so schlecht regiert wie lange nicht. Selten hat es eine Legislaturperiode gegeben, die so von Streit, Planlosigkeit und Klientelpolitik geprägt war. Von dieser Regierung kam nichts für eine gute Zukunft und von dieser Regierung ist nichts mehr zu erwarten. Es ist Zeit für GRÜN.

Wir kämpfen dafür, dass im Januar in Niedersachsen eine weitere schwarz-gelbe Landesregierung abgelöst wird. Und wir werden deutlich machen, dass GRÜN bei der Bundestagswahl die Alternative ist. Vieles sind wir schon angegangen, viele Antworten sind formuliert. In den kommenden Monaten werden wir diese Schwerpunkte anpacken:

- *Grün treibt an:* Nur mit Grün wird die Energiewende zum Erfolg. Mit unserem Sofortprogramm haben wir den Weg beschrieben. Die nächsten Schritte werden Reformvorschläge für das Erneuerbare-Energien-Gesetz und für einen gerecht finanzierten Ausbau der Erneuerbaren, ein nationales Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Einsparzielen für Treibhausgasemissionen und eine Gesamtstrategie für eine sozial gerechte ökologische Gebäudesanierung sein.
- *Grün ist gut für Frauen:* Während die Koalition das Thema bereits abgehakt hat, starten wir den nächsten Anlauf für eine gesetzliche Frauenquote für Aufsichtsräte. Wir ergreifen Initiative für gleichen Lohn von Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit. Und auch der Kampf gegen das Betreuungsgeld ist noch nicht vorbei.
- *Grün ist gerecht:* Wir präzisieren unsere Konzepte zu Minijobs und Garantierente, um die Altersarmut wirksam zu bekämpfen. Soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt sorgen für faire Entlohnung und sichere Jobs. Unser Ziel einer Verdoppelung des Aufkommens der Erbschaftssteuer unterlegen wir mit einem konkreten Reformmodell. Wir packen die Abschmelzung des Ehegattensplitting an, um Familien gerecht zu fördern anstatt die Ehe. Wir legen einen Gesetzesentwurf für die Vermögensabgabe vor. Und wir greifen das Kooperationsverbot an, damit Bund und Länder gemeinsam ihrer Verantwortung für eine gute Bildung und gleiche Chancen für jedes Kind gerecht werden.

Wir zeigen: Eine andere Politik ist möglich. Sie ist **Gerecht.Glaubwürdig.Grün.**